

<b>Antrag</b> öffentlich	Datum 23.09.2009	Nummer A0177/09
Absender <b>SPD-Tierschutzpartei-future!</b>		
Adressat Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	08.10.2009	

Kurztitel "Save me" - Resettlement-Programm
--

**Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, in welchem Umfang und auf welcher Grundlage sich die Landeshauptstadt Magdeburg im Rahmen des Resettlementprogramms der EU an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen kann.
2. Der Stadtrat Landeshauptstadt Magdeburg fordert die Bundesregierung und die im Stadtrat vertretenen Abgeordneten des Bundestages auf, darauf hinzuwirken, die Rahmenbedingungen für das Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen (Resettlement) in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend den kommunalen Anforderungen zu gestalten.

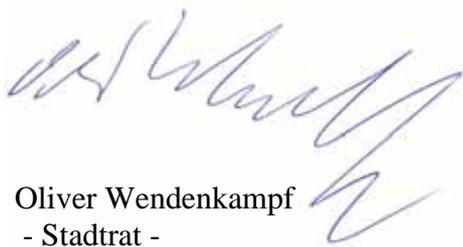
Der Antrag wird in den Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten, KRB überwiesen.

**Begründung:**

Millionen schutzbedürftige Flüchtlinge weltweit befinden heute sich in einer ausweglosen Lage. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, die – selbst meist armen und strukturell überforderten – Erstzufluchtländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht allein zu lassen. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen UNHCR ist von den Vereinten Nationen beauftragt, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge zu finden. Eine solche Lösung ist unter anderem die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen in einem aufnahmebereiten Staat („Resettlement“ oder „Neuansiedlung“). Eine ganze Reihe von Staaten betreiben seit Jahrzehnten Neuansiedlungsprogramme auf freiwilliger Basis, vor allem die USA (mit 41.300 Flüchtlingen im Jahr 2006). Auch europäische Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande stellen jährliche Aufnahmekontingente für Flüchtlinge bereit.

Vor dem Hintergrund der Situation der Flüchtlinge auf der Welt hält UNHCR eine Ausweitung der verfügbaren Neuansiedlungskapazitäten für dringend erforderlich und versucht, auch Deutschland zu einem Resettlementprogramm zu bewegen und unterstützt die Aktion „Save-me“. Eine Ausweitung der Neuansiedlungspolitik wird auch von den europäischen Institutionen, namentlich dem Europäischen Rat und dem Europaparlament, ausdrücklich unterstützt. In der Öffentlichkeit wurden 30.000 Neuansiedlungsplätze für Flüchtlinge in Deutschland jährlich gefordert.

Unsere Landeshauptstadt sollte prüfen, ob es möglich ist, Flüchtlinge aufzunehmen und damit unseren Teil beizutragen, dass Schutzbedürftige, die sich in ausweglosen Situationen befinden, eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten. Dies muss mit Blick auf Risiken finanziell vertretbar sein, so dass die Prüfung auch Aussagen zu den finanziellen und tatsächlichen Auswirkungen enthalten soll.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Oliver Wendenkampf', is written over a light blue rectangular background.

Oliver Wendenkampf  
- Stadtrat -